

Regierungsratsbeschluss

vom 26. April 2011

Nr. 2011/888

Solothurner Verfassungsinitiative "KMU-Förderinitiative: Weniger Bürokratie – mehr Arbeitsplätze"
Stellungnahme des Regierungsrates zum Änderungsantrag der UMBAWIKO vom 7. April 2011 (VI 007/2011)

1. Erwägungen

Die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission hat an ihrer Sitzung vom 7. April 2011 die obgenannte Vorlage des Regierungsrates (RRB Nr. 2011/178 vom 24. Januar 2011) behandelt und dabei folgenden Änderungsantrag beschlossen:

Die Vorlage soll an den Regierungsrat zurückgewiesen und dieser beauftragt werden, dem Kantonsrat bis zum 1. Oktober 2011 einen Gegenvorschlag zur KMU-Förderinitiative mit folgender Stossrichtung vorzulegen:

Die Verfassung des Kantons Solothurn mit Stand vom 8. Juni 1986 soll wie folgt geändert werden:

Artikel 23

Als neuer Absatz 2 soll angefügt werden: Kanton und Gemeinden sorgen dafür, dass die administrativen Belastungen durch Vorschriften oder Handlungsanweisungen für Organisationen und Private möglichst klein gehalten werden.

2. Beschluss

Wir lehnen den Änderungsantrag der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission vom 7. April 2011 ab und halten an unserem ursprünglichen Antrag fest.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Änderungsantrag UMBAWIKO vom 7. April 2011

Verteiler

Regierungsrat (6)

Volkswirtschaftsdepartement (2)

Volkswirtschaftsdepartement, Amt für Wirtschaft und Arbeit

Aktuarin UMBAWIKO

Parlamentsdienste (2, BRE, GRE)

Traktandenliste Kantonsrat